

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Witthelmstr. 10.)
bei C. J. Alrici & Co.
Breitengasse 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Breslau bei Emil Kavath.

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien.
bei C. J. Alrici & Co. —
Hanselstein & Jäger, —
Hudolph Hoffe.
In Berlin, Dresden, Glogau
beim „Zentraldruckhaus.“

Nr. 67.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Donnerstag, 28. Januar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgealtene Zeile oder deren
Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

1875

Amliches.

Berlin, 26. Januar. Der König hat dem praktischen Arzt Dr. Schütte in Göttingen den Charakter als Sanitäts-Rath und dem Dekonomie-Kommissar Becker zu Mühlhausen den Titel „Dekonomie-Kommissions-Rath“ verliehen.

Auf Kosten der Kommunen.

Die Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer wäre für die Einwohner der Städte, welche am 1. Januar d. J. davon betroffen wurden, durchaus nicht empfindlich gewesen, wenn die dadurch bewirkte Umwandlung der indirekten in direkte Steuern nicht unter Verhältnissen ausgeführt worden wäre, welche sehr ungünstig genannt werden müssen. Zunächst sind die privatwirtschaftlichen Zustände gegenwärtig so schlimm, daß jede Geldausgabe heute mehr als je empfunden wird. Allenfalls sucht der Handwerker, Gewerbetreibende und Kaufmann Ersparungen zu erzielen, da tritt Fiskus und Kommune mit dem Verlangen an ihn heran, große Geldabgaben zu leisten für einen Abgaben-Erlaß, dessen Wohlthat den Meisten sehr zweifelhaft erscheint. In Zeiten des leichten Verdienstes und größerer Billigkeit des Lebensunterhaltes wäre die Forderung höherer Geldabgaben wenig empfunden worden. Man sollte daher Steuerreformen nur in so „guten Zeiten“ vornehmen; aber der Staat hatte gefüllte Kassen, und deshalb gingen die Herren Financiers vor, obwohl sie sehr gut voraussehen konnten, daß auf das wirtschaftliche Leben, von welchem die Nation nach dem letzten Kriege fortgerissen wurde, eine Zeit der allgemeinen Erschlaffung folgen würde.

Nicht minder ungünstig für die Kommunen sind die staatswirtschaftlichen Umstände über die Einkommensteuer. Hier hätte zunächst eine Reform stattfinden müssen, wodurch gewisse Einrichtungen, welche die Erhebung direkter Steuern für die Kommunen ungünstig gestalten, beseitigt wurden. Dahin gehört hauptsächlich die gänzliche Befreiung der Militärpersonen (ohne Privatvermögen), Geistlichen, Kirchendiener und Elementarlehrer von der Kommunal-Einkommensteuer, dahin gehört der Erlaß der halben Steuer an die Staats-Beamten.

Das Militär, wenigstens das Kasernierte, hat allerdings schon früher keine Wahl- und Schlachtsteuer entrichtet, wenigstens bekam der Militär-Fiskus unseres Wissens Entschädigung dafür, aber die Offiziere mit eigenem Hausstand und die oben genannten Kirchen- und Staatsbeamten haben, so lange die Wahl- und Schlachtsteuer bestand, dieselbe eben so tragen müssen, wie jeder Arbeiter oder Handwerker; jetzt erläßt ihnen die Kommune die indirekte Steuer, aber eine direkte als Erlaß zahlen sie nicht, oder wie die Staatsbeamten nur von der Hälfte ihres Einkommens, und die übrige Einwohnerschaft muß nun auch deren Last auf ihre Schultern nehmen. Wie bedeutend diese Last ist, zeigt z. B. Posen. Hier bringen die Staatssteuern (Klassensteuer und klassifizierte Einkommensteuer) etwa 125.000 Thlr. ein, und die Kommunal-Einkommensteuer, obwohl sie sich ganz in denselben Sätzen bewegt, nur etwa 104.000 Thlr., also über 20.000 Thlr. weniger. Wären diese Steuerbefreiungen nicht, dann würde jetzt nicht die Frage entstehen, ob die Kommune nicht außer dem einfachen Satz, wie ihn der Staat an Steuern erhebt, nicht noch ein Fünftel (20 pCt.) oder ein Viertel (25 pCt.) seinen Mitgliedern mehr anlegen soll.

Alles, was man für diese wahrhaft ungeheuerliche Einrichtung zur Rechtfertigung anführt, sind nur Scheingründe. Wenn man beispielsweise auf das geringe Gehalt jener Beamten hinweist, so trifft dieser Einwand doch nur bei den niederen Beamten und Offizieren zu; gefeiert aber auch, er wäre durchweg richtig, wie kommt denn der Staat dazu, es die Kommunen entgelten zu lassen, daß er seine Beamten zu schlecht besoldet. Dafür müßte doch der Fiskus sich selbst zu nächst besorgen; aber im Gegenteil, der Staat erhebt von seinen Beamten die volle Steuer ohne jeden Erlaß; während es — nebenbei bemerkt — einfacher und billiger wäre, daß der Staat seinen Beamten gar keine direkten Steuern abverlangte.

Eine andere Seite, welche die Mehrzahl der Bevölkerung an der Einkommensteuer schwer beklagt, ist die geringe Progression. Die Kommunal-Einkommensteuer ist ebenso wie die staatliche Klassensteuer und die klassifizierte Einkommensteuer eine Progressivsteuer d. h. von den größeren Einkommen werden auch mehr Prozente Steuer erhoben. Diese Progression ging in Posen vor dem 1. Januar d. J. bis 4½ Prozent, seitdem aber nur bis 3 Prozent, weil zwei im vorigen Jahre erlassene Ministerialreskripte den Gemeinden verbieten, ihre Einkommensteuer nach höheren Progressivfüßen als die Staatssteuern zu erheben. Der Staat ist nämlich so artig gegen die Millionäre und Hunderttausendthaler-Männer, von ihrem (schwer findbaren) Einkommen nur 3 Prozent zu beanspruchen, also nicht mehr als von dem Handwerker, welcher 1000 Thlr. Einkommen genießt. Offen gestanden, gefällt uns diese Einrichtung nicht sehr, doch wollen wir heute nicht darüber sprechen, wie sich der Staat selbst zu den Millionären stellt; aber etwas stark finden wir es, daß er die Kommunen zwingt, ebenfalls so „billig“ mit ihren Reichen zu verfahren; und mehr noch, daß er dies gerade in einer Zeit verlangt, wo die direkten Steuern vermehrt werden. Der kleine Mann bis 1000 Thlr. Einkommen hat also jetzt nicht nur die Klassensteuer zu entrichten, der Bürger von 1000 bis 3000 Thlr. muß nicht nur 20 Thlr. klassifizierte Einkommensteuer mehr zahlen, sondern diese Schichten müssen jetzt auch den Ausfall decken, welcher dadurch entsteht, daß die Reichen nicht mehr 4 und 4½ Prozent sondern nur 3 Prozent ihres Einkommens als Kommunalsteuer zahlen. Wir haben in Posen vielleicht 100 Einwohner,

welche 5000 Thlr. oder mehr Jahreseinkommen genießen, diese zahlen also jetzt durchweg weniger Kommunalsteuer, ein Ausfall, welcher mehrere tausend Thaler beträgt.

Nehmen wir an, daß die königl. Bankstitute in Posen früher 6000 Thlr. (bei 4½ pCt.) Kommunal-Einkommensteuer zahlte, so hat sie jetzt bei 3 pCt. nur ½ nämlich 4000 Thlr. zu entrichten. Und auch dieser Posten kann der Kommune noch verloren gehen, denn § 21 des händelsrechtlichen Bankgesetzentwurfs lautet:

Die Reichsbank und ihre Zweiganstalten sind im gesammten Reichsgebiete frei von staatlichen oder kommunalen Einkommen- und Gewerbesteuern.

Durch eine Menge Petitionen der Kommunen (auch von Posen) ist die Reichstagskommission bewogen worden, die Worte „oder kommunalen“ mit einer schwachen Majorität zu streichen, so daß der Regierungsentwurf im Reichstage möglicher Weise die Majorität erlangen kann. Es wäre dies ein neuer Schlag für viele, ohnedies arg betroffenen Stadtgemeinden.

Wir gebühren durchaus nicht zu denen, welche das „Reichsflag anzapfen“ wollen und verkennen nicht das Gewicht der Gründe, welche dafür sprechen, die Reichsanstalten von jeder Steuer frei zu halten. Aber wir können es unter den obwaltenden Umständen nicht gut heißen, den Kommunen ohne Weiteres größere Opfer aufzuerlegen, ohne sie dafür auf andere Weise zu entschädigen. Die eigentlichen Aufgaben der Gemeinden, Kreise und Provinzen sind größer und kostspieliger als je. Die Provinzialbeiträge der Städte werden immer höher, und dabei hürdet ihnen der Staat noch neue Lasten auf. Er übergibt ihnen die Führung der Zivilstandsregister ohne entsprechenden Entgelt; er läßt konfessionelle Privatschulen auf und überläßt es den Gemeinden, für die Unterbringung der neuen Schüler zu sorgen; er schiebt es ruhig an, daß Stadtgemeinden höhere Lehranstalten, deren Ausstattung heute bedeutend theurer ist, unterhalten; aber von seinen Steuerentnahmen überläßt der Fiskus den Kommunen nichts, im Gegentheil bereitet er ihnen durch Steueränderungen, gleichviel ob sie gut oder nicht gut sind, neue Verlegenheiten.

Es ist eine merkwürdige Zeit des Ueberganges. Während der Staat auf der einen Seite einen Theil seiner Verpflichtungen den Gemeinden überläßt, tritt er auf der anderen Seite manche Institute an das Reich ab. Wir können dieser Auseinandersetzung nach beiden Richtungen hin durchaus bei, im nationalen Interesse sind wir für die Mehrung der Reichsgewalt, aus liberalen Rücksichten für die größere Selbstverwaltung. Aber es ist einfach unbillig, die Kosten dieser Auseinandersetzung den Kommunen aufzubürden. Wenn das Reich Staatsanstalten übernimmt, darf es sich zunächst den Verpflichtungen nicht entziehen, welche der bisherige Besitzer getragen hat. Eine Ablösung derselben kann erst erfolgen, wenn der Staat durch Steuerreformen und Ueberlassung von Steuereinnahmen den Kommunen die Mittel gewährt haben wird, die Steuerausfälle und die vermehrten Lasten zu tragen. Wir denken hier besonders an die Aufhebung aller Befreiungen der Staatsbeamten von den Kommunalsteuern und die Ueberlassung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden. Erst werde der Staat rationell in seinen Einrichtungen, ehe er von den Kommunen fordert, rationell zu werden, um neue Lasten zu übernehmen!

In unserem gestrigen Artikel über die Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer muß es heißen, daß die Gemeinde-Schlachtsteuer nahe bei (nicht nebenbei) den Ausfall an Einnahme deckt, welche früher durch den Zuschlag zur staatlichen Wahl- und Schlachtsteuer aufgebracht wurde. — An einer anderen Stelle ist zu lesen, daß fast alle erwerbsfähigen Arbeiter in die ersten Stufen eingeschätzt werden mußten (nicht müßten).

Preussische.

△ Berlin, 26. Januar. Die heutigen Abendblätter melden, daß der Bevollmächtigte der früheren Spanischen Regierung, Graf Rascon, dem Kaiser das Schreiben übergeben habe, in welchem Prinz Alfonso von seiner Thronbesteigung Anzeige macht. Selbstverständlich ist durch Entgegennahme dieser Notifikation der Anerkennungskrieg noch nicht erfolgt, da Graf Rascon sich gegenwärtig in einer amtlich beglaubigten Stellung nicht befindet; die Anerkennung wird erst vollzogen werden, durch eine Rückantwort des Kaisers und Beglaubigung eines diesseitigen Bevollmächtigten am Hofe des neuen Königs von Spanien. — Dem Landtage ist nunmehr der Entwurf einer Provinzialordnung vorgelegt worden; derselbe ist begleitet von einem Wahlreglement, den Motiven zu dem Entwurf, einer Denkschrift über die Reorganisation der allgemeinen Landesverwaltung des Preussischen Staates und dem im vorigen Jahre bereits vorgelegten Entwurf einer Provinzialordnung nebst Motiven. — Die Anlage dieses früheren Entwurfs erklärt sich daraus, daß für diejenigen Bestimmungen desselben, welche auch in den neuen Entwurf übergegangen sind, die damals geltend gemachten Motive auch jetzt noch als maßgebend betrachtet werden, so daß in den Motiven des neuen Entwurfs nur die neuen Bestimmungen berücksichtigt werden. In der Denkschrift wird darauf hingewiesen, daß zur Weiterführung des mit der Kreisordnung auf dem Gebiete der kommunalen und allgemeinen Landesverwaltung, zunächst für die alten Provinzen mit Ausnahme der Provinz Posen begonnenen Reformwerkes und des Erlasses ähnlicher Gesetze auch für die übrigen Provinzen der Monarchie bedürfe, sodann des Erlasses von Provinzialordnungen, eines Gesetzes wegen Dotation der Provinzialverbände, endlich eines Gesetzes wegen Einsetzung von Verwaltungsgerichten außerhalb des Geltungsbereichs der Kreisordnung gedacht. Von diesen Gesetzen aber werde der Organis-

mus der für die allgemeinen Landesverwaltung bestehenden Staatsbehörden nahe berührt. Dies bezieht sich namentlich auf die Bezirksregierungen und dränge sich die Frage auf: ob dieselben in ihrer bisherigen kollegialen Verfassung bestehen bleiben können. Die Denkschrift läßt daher die Grundzüge eines Reorganisationsplanes für die allgemeine Landesverwaltung des preussischen Staates folgen. Es ergibt sich daher, daß die Prov.-Ordnung in Rücksicht auf ihren Zusammenhang mit dem Gesamt-Organismus der Staatsverwaltung einen ausreichenden Arbeitsstoff für eine lang ausgedehnte Session geben könnte. Inzwischen aber sind bereits mehrere Ergänzungsgesetze vorgelegt worden. Der Gesetzentwurf wegen Bildung der Provinzialgerichte, während der wichtige Gesetzentwurf wegen Dotation der Provinzialverbände bereits zur Allerhöchsten Genehmigung vorliegt. Jedem. Es wird das Abgeordnetenhaus, sobald es nach Schluß des Reichstages seine Arbeiten aufnimmt, hinreichendes Material für dieselben vorfinden und dann wird sich in den Kommissionsberatungen über die Prov.-Ordnung, welche zunächst nur für den Geltungsbereich der Kreisordnung vorgesehen ist, Anlaß zu Erörterungen wegen der weiteren Ausdehnung auch auf die weltlichen Provinzen finden. Die Anlage zur Oeconomie des Entwurfs ist derartig, daß er eine solche Ausdehnung ohne Schwierigkeit zulassen würde.

□ Berlin, 26. Januar. Heute Vormittag wurde hier in dem Saale des Evangelischen Vereins die Provinzial-Synode für die Provinz Brandenburg eröffnet. 103 Mitglieder hatten sich eingefunden, eins fehlte. Am gestrigen Abend fand schon eine Vorbesprechung befaßt die Vorname der Wahlen statt. Heute früh wurde zunächst der Choral „Ach bleib mit Deiner Gnade“ gesungen; dann sprach Archidiaconus Müllersleben ein Gebet, worauf der Präsident des Konsistoriums, Dr. Hezel, die Sitzungen in einer einleitenden Rede für eröffnet erklärte. Darauf erfolgte die Verpflichtung der einzelnen Mitglieder, welche die Anwesenheit von 103 Mitgliedern, und somit die Beschlussfähigkeit der Synode ergab, die namentlich von dem Kommissar der Staatsregierung, Ober-Konsist.-Rath Prof. Dr. Brückner im Namen des Evangelischen Ober-Kirchenraths und des Kultusministers in einer längeren Ansprache begrüßt wurde. — Hierauf erfolgte die Bildung des Synodenvorstandes, der unter Zustimmung des Staatskommissars aus 1 Präsidenten, 6 Affessoren und Stellvertretern der letzteren gebildet wird. Zum Präses wurde der Präsident des Reichs Invalidenfonds, Geh. Ober-Regier. Rath Elmanger (von der Regierungspartei) gewählt, seine Gegenkandidaten waren der ehemalige Ministerpräsident v. Manteuffel (von der kirchlich konservativen Partei) und der Ober-Bürgermeister Sobrecht von der Partei des Protestantenvereins. Unter Zustimmung des Reg.-Kommissars nimmt derselbe die Wahl an. Aus der Zahl der geistlichen Mitglieder wurde sodann der Pastor Krummacker (Brandenburg), Konsistorialrath Reichheim (Frankfurt a. O.), Vize-General-Superintendent Bahn (Lübben) und von den weltlichen Mitgliedern Landrath v. Bethmann-Hollweg (Hohen-Finnow), Kreis-Gerichts-Direktor v. Maßbach (Frankfurt a. O.) und Stadtrath Dr. Tschow (Berlin) als Affessoren, ferner zu Stellvertretern derselben von den geistlichen Affessoren, Hofprediger Rogge (Potsdam), Superintendent Hofmann (Grafen) und Superintendent Jacobi (Baruth), von den weltlichen Mitgliedern Justizrath v. Voepel (Potsdam), Ober-Bürgermeister v. Kemnitz (Frankfurt a. O.) und Justizrath Lefse (Berlin) gewählt. Sammtliche Gewählte gehören der Vermittelungs- (Regierungs-) Partei an. Die nächste Sitzung wird morgen Mittag 1 Uhr stattfinden, nachdem zuvor ein Gottesdienst in der Domkirche abgehalten worden ist, und werden in derselben namentlich Vorlagen des Konsistoriums zur Berathung gelangen.

— Ist für die größte von mehreren gleichzeitig zur Aburtheilung gelangenden strafbaren Handlungen (vgl. reale Konkurrenz) Zuchthausstrafe unter einem Jahr verurteilt, so ist dieselbe nach einem Erkenntnis des Obergerichtes vom 4. Januar c. in Gefängnis (6 Monat Zuchthaus = 1 Jahr Gefängnis) zu verwandeln und sodann bei der Feststellung der Gesamtstrafe in Betracht zu ziehen. — Die Verurteilung und förmliche Verlesung eines Beamten wird nach einem Erkenntnis des Obergerichtes vom 4. Januar c. auf den Antrag der amtlichen Vorgesetzten höherer Kategorie strafrechtlich verfolgt, gleichviel ob der unmittelbar vorgesezte Beamte seinerseits einen Strafantrag unterlassen oder einen früher von ihm gestellten Strafantrag zurückgenommen hat.

— Laut Beschluß des Bezirksvereins im 31. (Bahnhofplatz-) Stadtbezirk soll Herr Professor Dr. Gneist, der als Stadtverordneter des 13. kommunalen Wahlbezirks den Stadtbezirk 12 Jahre lang in der Kommunalbehörde vertreten hat, eine Dankadresse gerichtet werden. Dr. Gneist nahm hier das Mandat an, nachdem er 14 Jahre lang den Stadtbezirk, in welchem er wohnte, vertreten hatte, wofür er aber ausscheiden mußte, weil er nicht Grundbesitzer war.

Breslau, 26. Januar. Die Schließung der Provinzial-Synode in ihrer heutigen Sitzung die Wahlen zur Statuten-, Geschäftsordnungs-, Zentral- und Petitions-Kommission. Eine längere Debatte rief der Antrag Meißner hervor: „Die Synode wolle die viel besprochene Trannungs-Angelegenheit zum Gegenstand ihrer Prüfung machen und zu diesem Behufe eine spezielle Kommission einsetzen.“ Der Antrag wurde angenommen und eine 15 gloriole Kommission gewählt, nachdem der Antrag des Staats-Kommissars, die Vorlage der Zentral- und Petitions-Kommission zu überweisen, abgelehnt worden war.

Glogau, 25. Jan. Wie dem „Stdt.-u. Vdt.“ mitgeteilt wird, beabsichtigt man zuständigen Orts die Erweiterung der Festung Glogau in einer die bisher projizierte um das Doppelte übersteigenden Ausdehnung zur Ausführung zu bringen. Mit den bezüglich Arbeiten soll im Laufe des künftigen Jahres definitiv begonnen werden.

Gulda, 23. Januar. Die „S. M. Z.“ meldet: Der von hier aus erhobene Protest gegen die Schließung des Priesterseminars ist kurzer Hand zurückgewiesen worden. — Die „Germ.“ erklärt die Nachricht

Freiburg, 24. Januar. Die „Germ.“ berichtet: Gestern wurde dem seitherigen Rector des jüngst geschlossenen Priesterseminars, Clemens Freiherrn v. Korff, sowie den Lehrern an derselben Anstalt, Dr. Gumbeliet und Dr. Arendt, seitens der Polizei eine Verfügung des Oberpräsidenten insinuiert, wonach dieselben binnen drei, spätestens vier Wochen das Seminar zu räumen haben, widrigenfalls sie Zwangsmaßregeln zu gewärtigen hätten. Dr. Gumbeliet wird schon im Laufe dieser Woche sich Sturien halber nach Würzburg begeben. Auch die ermittelten Seminaristen werden zum größten Theil zur Universität Würzburg überfiedeln. Die Herren Regens Dr. Komp und Subregens A. Schmid dürfen vorläufig im Seminar wohnen bleiben, da man ihnen, die zugleich Comp. abendeten sind, als solchen ihre Wohnung im Seminar vorerst belassen hat.

1. Ich erkläre, daß diese auf die westlichen Beamten des Generalvikariats sich beziehende Notiz nur mich treffen kann, da zu der Zeit — am Montage, den 18. d. Morgens 9½ Uhr, — als der genannte Oberregierungsrat in mein jetziges Arbeitszimmer auf dem Generalvikariatsgebäude einzutraf, keiner der Herren Gassischen Räte bei mir anwesend war und auch später keiner derselben sich dort einfand; — daß 2. diese Notiz von mir als durchaus unwahr bezeichnet werden muß und bezeichnet wird; denn weder vorher noch später, am allermeisten in Gegenwart des mehrgenannten Oberregierungsrates habe ich eine derartige Zustimmung zu erteilen gegeben, oder zu erteilen — Auf weiteres Befragen des einen oder andern Subalternbeamten des Generalvikariats, „ob er unter einem vom Statte zu bestellenden Vorstandsamtensverwalter arbeiten dürfe“, habe ich wie ich dem Verfasser obigen Schreibens versichere, erwidern dürfen, daß man solches toleriren — geschehen lassen könne.

Deſterreich.

Σ. Ο. Ν. Ε. Ι. Δ.

Concert.

Die Musikschule erhielt insofern ein erhöhtes Interesse, als sie die erste war, welche unter Leitung des neuen Dirigenten, Herrn Musiklehrer R. Stiller, stattfand. Der Gesamteindruck der gebildeten Zuhörerinnen kann im großen Ganzen ein günstiger genannt werden. Die Schaar kräftiger Männerstimmen, welche dem Ende des Herrn Stiller folgt, ist geschult und hat sich unter einander trefflich eingelebt. Es liegt nicht an der Tenorstimme der Männerangehörigen, hohen musikalischen Zielen zuzustreben, der Verein fördert den Männergesang mehr oder weiter im traditionellen Choraleinstimm und nicht außerdem noch ganz wesentlich gesellschaftlichen Zureichen. 11

Das Hauptinteresse wurde während des ersten Theils durch drei Prognosen der Lieder abgerrt. Dieselbe Dilettantin, deren Bezeichnung an den letzten größeren Musikaufführungen in Posen wir noch einige Male rühmend hervorgehoben haben, trug mit Schöndin und Künstlerlicher Berthe die Lieder: „Vögelstreue“, „Weiden am Spinnrade“ und „Der Vögel“ des berühmten Neuen componiren vor. Das Accompanement hierzu beorgte Herr Leh der Violoncellen und zwar mit eleganter Feinheit und durchaus vortrefflichem Spiel.

Г р а н і е н.

„Die einzigen bisher vollzogenen diplomatischen Ernennungen sind die des Herrn Enayides für Rom und des Herrn Remy für Berlin. Die übrigen Entlassungsgesuche sind angenommen worden. Die Regierung hat die Großmuth gehabt, einem Vertreter Iran's, welcher die gegen das Verlassen eines amtlichen Postens gerichtete Bestimmung des Strafgesetzbuchs so wie die Vorschrift des diplomatischen Dienstes, wonach den um ihre Entlassung einkommenden Beamten keine Reisegelder zustehen, nicht beachtet hat, keinen Proceß zu machen.“

England und Polen.

Für die Hauptsache derselben hält die Kommission die allgemeinen Mängel der inneren Einrichtung unserer höhern Lehranstalten, nämlich: das Nichtvorhandensein eines direkten organischen Zusammenhanges der Lehrenden und Lernenden; das Ueberwiegen des Collektiven Systems in der Art der Verwaltung der Anstalten und die häufigen Mängel der gesonderten Professorkollegien; die unregelmäßige Anwendung verschiedener Privilegien sowohl bei der Aufnahme in die Anstalten (unzulängliche Aufnahmeprüfungen), als auch während der Zeit der Lehrjahre (Befreiung von der Bezahlung für Anhören der Vorlesungen, Unterstüßung, Stipendien); die Schwierigkeiten, die durch Aufnahme einer zu großen Zahl von Schülern entstehen. Nachdem die Kommission ausführlich diese hauptsächlichsten Ursachen der Unordnungen spezifizirt hatte, wandte sie sich zum Suchen von Maßregeln zur Abmilderung derartiger Mängel, wobei sie vor allem als Brunnenguelle stellte, daß sie nur im Allgemeinen die Grundzüge aufstellen könne, deren Anwendung vollständig dem specielleren Gutachten der betreffenden Anstalten überlassen und der Art der betreffenden Anstalt angepaßt werden müsse. Wie verlautet, bestehen nach dem Gutachten der Kommission die hauptsächlichsten Mängel, die zur Verminderung der Wiederholungen von Vorlesungen, wie öfters erwähnt, nothwendig, in folgenden sieben Punkten: 1) Durchsicht aller gegenwärtig bestehenden Statuten der höheren Lehranstalten in Rußland. 2) Beschränkung der An-

Deutscher Reichstag.

53. Sitzung. (Schluß.)

Abg. LaSalle: Für mich hat der Antrag die ungedruckten Noten zu vermindern, ursprünglich etwas sehr sympathisches, dennoch habe ich in der Kommission beieimal gegen den Antrag Rothland gestimmt und bitte das Haus auch heute, denselben abzulehnen. Wir haben keinen Grund die Höhe des ungedruckten Noterquantums von einem bloßen Zufall, nämlich von der zufälligen Erhöhung eines Bankausweisums abhängig zu lassen, sondern wenn wir einmal eine bestimmte Kontingentshöhe haben, so müssen wir diese im Interesse des Handels und der Industrie auch festhalten.

Abg. Kobl and: Das ganze Gesetz geht von dem Grundsatz aus, daß die ungedeckte Note ein sehr gefährliches Umlaufmittel ist. Ist dies richtig, so müssen Sie auch die Konsequenzen dieses Gesetzes annehmen. Unsere industriellen Verhältnisse sind nicht etwa wegen des zu schweren, sondern gerade wegen des zu leichten Kredits in die gegenwärtige traurige Lage hinein gekommen. Wenn eine Bank mit diesem Gesetz nicht existiren kann, so hat sie eben ihre Lebensunfähigkeit nachgewiesen; dann müssen wir nicht etwa die Todten wieder erwecken und eine Krankheit, die ihr naturgemäßes Ende gefunden, gleichsam der ganzen Reichsbank einimpfen wollen dadurch, daß wir die ungedeckten Noten dieser erloschenen Bank der Reichsbank zuweisen.

Referent Abg. Dr. Bamberger: Ich muß auch heute noch Namens der Mehrheit der Kommission bitten, in Uebereinstimmung mit

Schelling.

„Schelling — er ist den 27. Januar 1775 in Leonoben, nicht weit von Stuttgart, geboren — hat einst bei seinem ersten Auftreten als Lehrer der Philosophie in Jena 1798 die Geister wie im Sturm ergriffen als er mit frischer Jugendkraft und Jugendbegeisterung die Principien seiner Naturauffassung verkündete. Und seine Wirkungskraft nicht flüchtig vorüber. Innerlich sich fortbildend hat er bald mehr die ernsten und besten Geister lange an seine Seite gesammelt gehalten, auch denn noch, als er seit 1803 in Würzburg lehrte und mehr und mehr durch historische Anschauung die Naturphilosophie ergänzte, in der Erkenntniß, daß die Religion, der öfentl. Glaube, das Leben im Staate der Zukunft sei, um welchen sich Alles bewegt und an dem der Däbel angezettelt werden muß, der viele todte Menschenmüsse erschüttern soll.“ Seit 1806 lebte er in München in hoher Stellung, aber dem Lehramte fern, und die alte Kraft des Gestaltens und Schöpfens hat er hier nicht mehr wiedererlangen vermocht. Seine späteren Leistungen trifft ohne Ausnahme und mit Recht der Vorwurf theosophischer Unklarheit. 1820–1827 in Erlangen lebend, hielt er, ohne durch ein Lehramt gebunden zu sein, zahlreiche Vorlesungen, die nicht ohne Erfolg auf ihn blieben. Die höchste Bewunderung aber umgab ihn, als er seit 1827 an der neuangegründeten Universität in München lehrte. König Friedrich Wilhelm IV. glaubte gleich nach seiner Thronbesteigung in dem berühmten Philosophen den geeigneten Vorkämpfer für roßigen Glauben und vieldäusl. Anschluß an die Wirklichkeit zu finden gegenüber „der Drachensaat des Pantheismus“, und berief ihn nach Berlin. 1841 bis 1846 hat Schelling in Berlin gelebt; aber die Wirkung, die von ihm ausging, entbrach der Erwartung nicht. Seit 1846 lebte er dann in stiller Zurückgezogenheit der Vollendung längst gealterter und immer verbesserter, aber zu seinen Lebzeiten niemals abgeschlossener Werke, die er nur aus seinem Nachlaß veröffentlicht worden sind. Den 20. August 1854 ist er zu Rega gestorben.“

den verbündeten Regierungen bei dem 21. ihrer Beschlüsse zu be-
rathen. Am meisten war ich erstaunt, daß der Abg. Richter sich zur
Hinterlassung seiner These auf die Aussage des preuß. Finanzministers
berufen hat. Ich selbst gedachte, für meine These mich auf dieselbe
Autorität zu berufen, da ich mit ihm in dem Wunsche übereinstimme,
bezüglich der Kontingentierung mehr auf die Seite der Reichs-
bank und weniger auf die der Privatbanken zu verlegen, im Zweifel
also der Reichsbank eine größere Ausgabe von ungedeckten Noten,
aber der Privatbanken weniger zuzuwenden. Der Abg. Richter sagt
aber ferner: warum sollten wir denn dem vorzuziehen, daß wenn eine
Landesbank einlegt sie an die anderen Landesbanken fällt, vielleicht
kann auch das System sich als ersprießlich zeigen. Wissen Sie, auf
welchen schönen Weg wir dann hinauskommen? — D. h. wir vielleicht
schließlich zwei Reichsbanken bekämen, daß die verschiedenen Landes-
banken sich untereinander verständigen, eine zweite Reichsbank zu machen
und daß wir einen Kaiser und Gegenkaiser im Reiche des Verkehrs
bei uns hätten. Dies System würde wohl von Niemandem zu wün-
schen sein. — Ich darf übrigens anführen, daß dasjenige Land, welches
nicht allzu zentralistischer oder monopolistischer Richtung angelegt
werden kann, nämlich England, in seiner Bankreform genau den
Weg betreten hat, nämlich, daß es ebenfalls die Aktien der Centralbank
der englischen Bank in London abkassiren läßt. — Nun hat der Abg.
Windthorst für seinen Gesichtspunkt angeführt, daß er überhaupt ein
Gegner des Bankmonopols sei und die Verteidiger der Altbank
als Verteidiger des Bankmonopols überhaupt betrachten müsse.
Ich meine aber, man kann für jetzt ein Gegner des Monopols
sein aus Achtung vor wohlverworbenen Rechten, aber etwas ganz
anderes ist es, vom gesetzgeberischen Standpunkte aus ein Anhänger
einer einzigen Bank zu sein. Und da behaupte ich, daß sowohl
in der Praxis der europäischen Staaten, als in der Doktrin kaum
eine Meinungsvielfalt darüber herrscht, daß ein zentrali-
sirtes, für ein ganzes Land einheitlich durchgeführtes Banksystem schon
aus dem einfachen Grunde entschieden Vorzug verdient, weil, wenn
man schon die Monopolität auf einen Punkt zu reduzieren sich veran-
laßt, für dasjenige, was man eine finanzielle Münze nennt, dieser
Grundlag noch vielmehr durchzulaufen muß. Wenn der Abg. Wind-
thorst glaubt, daß die „Privatbank“ in des kleinen Mannes“, mit denen
man ja immer die Frieren so leicht zu rühren glaubt, auch bei den
kleinen Banken besser gewahrt seien, als bei den großen, so antworte
ich: die kleinen sind bei den Großen sehr oft viel besser geschützt, wie
das auch im Staatsleben der Fall zu sein pflegt. (Sehr gut!)
Die kleinen Banken gingen mit ihren Noten an die großen Plätze bankrott,
während dort Geld leute und Verwalter ihre hässlichen Interessen,
während die Preussische Bank überall mehr die Interessen des soliden
Geschäfts und des kleinen Mannes im Auge hatte. (Sehr richtig!)
Herr Abg. Rohland meinte, wir müßten seinem Antrage beistimmen,
weil durch eine ungebührliche Protektion mittelst Banknoten eine schäd-
liche Ueberfütterung der Industrie herbeigeführt worden sei. Wer aber
hat sich denn das mehr zu Schulden kommen lassen, die Privatbanken
oder die Preussische Bank? Von wem kommt denn jetzt der Schrei,
daß man die Industrie ruinirt, wenn man die Noten beschränkt? Die
Kommissionsmitglieder haben erst gestern ein Privattelegramm bekom-
men in dem fulminantesten Ausdrücke, daß man die Industrie des
ganzen Landes ruiniere, wenn man einer speziellen Bank nicht gewisse
Konzessionen mache. Ja, meine Herren, die kleinen Banken waren es,
die das falsche Prinzip in unser Land gebracht haben, das ich auf das
höchste belege und dem ich gütlich bin, in diesem Gesetze den Krieg
machen zu können, daß die Industrie jahraus, jahrein mit ungedeckten
Banknoten betrieben werden müsse. Die ungedeckte Banknote ist sei-
neswegs berufen, die Kleinindustrie zu stützen. Wenn ich die Wahl
habe, ob die Notenausgabe bei einer Privat- oder der Reichsbank sein
soll, dann habe ich gar keinen Zweifel und ich hoffe, das Haus wird
an demselben Sinne entscheiden. (Beifall.)

Endlich kann das Haus zur Abstimmung schreiten, nachdem es den
von seinem Präsidenten aufgestellten sehr komplizirten Aufbau der
Fragestellung allseitig approbirt hat. Das Resultat von zehn Ab-
stimmungen ist die fast einstimmige Annahme der Kom-
missionsvorschlüsse bezugl. des § 9, d. h. der Feststellung des
ungedeckten Notenquantums mit 385 Millionen, des Wegfalls der ein-
prozentigen Steuer für diesen Betrag, der Erhebung einer Prozenta-
gen Steuer für die darüber hinausgehende ungedeckte Notenemission
und der Bestimmung, daß der Anteil der Privatbanken an den un-
gedeckten Noten im Falle ihres Erlöschens der Reichsbank zu-
wachsen soll.

Von den abgelehnten Anträgen sei der des Abg. Tellkamp auf
Herstellung der vollen Metalldeckung nach Ablauf von 10 Jahren nur
deßhalb erwähnt, weil er den geringsten Beifall fand, nämlich den des
Antragstellers und des Abg. v. Ludwig, und im Gegentheile dem der
Antrag v. Denzin's auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage,
380 Millionen ungedeckte Noten mit 1 Prozent befreit) der, wie die
Zählung ergibt, mit 160 gegen 116 Stimmen, also gegen eine sehr
starke Minorität abgelehnt wird.

§ 10 bestimmt, daß zum Zweck der Feststellung der Steuer die
Banken am 7., 15., 23. und letzten jeden Monats eine Uebersicht über
den Bestand und den Notenumlauf einreichen müssen.

Abg. Dr. Henne will sich in längerer Ausführung gegen die
Steuer erklären, wird aber vom zweiten Vizepräsidenten Dr. Haenel
darum aufmerksam gemacht, daß die Frage der Steuer nicht mehr
zur Diskussion steht.

§ 10 wird darauf angenommen.

Zu § 11, welcher bestimmt, daß ausländische Banknoten oder
sonstige auf den Inhaber lautende unverändliche Schuldverschreibungen
ausländischer Korporationen u. s. w. innerhalb des Reichsgebietes nicht
zur Geltung kommen dürfen, bemerkt der Präsident Del-
brück auf eine Anfrage des Abg. Roemer (Württemberg), daß die
Regierungen der Ansicht wären, daß in diesem dem öffentlichen Rechte
angehörige Geld ein privatrechtliche Bestimmung nicht enthalten sein
sollte, worauf der Abg. v. Kaser diese veränderte Ansicht mit Freuden
beurteilt, weil die veränderte Regierungsvorlage eine solche allerdings
enthält, indem sie sagte: Wer dennoch in solchen Werthpapiere Zah-
lung leistet, wird dadurch von seiner Verbindlichkeit nicht be-
freit. Vertragmäßige Bestimmungen, welche diesen Vorschriften zu-
widerlaufen, sind nichtig. — § 11 wird darauf angenommen.

Titel II (§ 12—41) enthält die Vorschriften über die Reichsbank.
§ 12 wird ohne Debatte angenommen. — § 13 handelt von den Ge-
schäften, die die Reichsbank betreiben kann; unter denselben befindet
sich auch die Lombardierung ausländischer Papiere zu 50 Proz. des
Courswertes; Abg. Eberth bittet um Ablehnung dieser Bestim-
mung, weil sie eine ungebührliche und sogar gefährliche Ausdehnung der
Bankgeschäfte enthält. Abg. Sonnemann bittet aber um Auf-
rechterhaltung derselben, weil sich herausgestellt habe, daß es in Krisen-
zeiten sehr schwer sei, wenn man ausländische Papiere in Händen habe und diese
an fremden Börsen verkaufen könne. Abg. v. Dürker schließt
sich dem an, indem er darauf hinweist, daß in Belgien eine ähnliche
Bestimmung bestehe, die sich sehr gut bewährt habe. Nachdem sich der
Referent Dr. v. Hammerger ebenfalls für Aufrechterhaltung der
Bestimmung ausgesprochen, wurde § 13 mit derselben mit sehr großer
Majorität angenommen.

Nach § 14, den die Kommission eingefügt hat, ist die Reichsbank
verpflichtet, Barrengold zum festen Satze von 1392 Mark für das
Pfund fein gegen ihre Noten umzutauschen. Die Bank ist berechtigt,
auf Kosten des Abgebers solches Gold durch die von ihr zu bezeichnen-
den Techniker prüfen und soeben zu lassen.

Der Referent Dr. v. Hammerger charakterisirt den § 14 als eine
unentbehrliche Ergänzung des Münzgesetzes, die er bei der Beratung
desselben seiner Zeit verabschiedet angekreht habe und sich freue an die-
ser Stelle nachholen zu können. Unsere Goldprägung wäre viel ra-
scher vorgerückt, wenn sie durch das Privatprägeverbot gefördert wor-
den wäre. Die preussischen und norddeutschen Münzstätten hätten viel
Interesse gemäß gefördert, die süddeutschen würden wohl Schwierig-
keiten herbeiführen, wenn nicht zwingende Vorschriften vorlägen. Prä-
sident Delbrück ist mit dem § 14 einverstanden, bestreitet aber, daß
mit Hilfe des § 14 die Privaten mehr Gold geprägt worden
wäre, als im Auftrage der Regierungen geprägt worden ist, aus dem
einfachen Grunde, weil die bis an die äußerste Grenze des Möglichen

von den Regierungen beauftragten Münzstätten Aufträge von Privaten
nicht hätten erfüllen können. Abg. v. Söberle meint,
daß diese Bestimmung in kritischen Zeiten, wo es gerade auf den Be-
sitz der Münze ankomme, von bedenklichen Folgen sein könne, in-
sofern die Bank genöthigt werden könnte, ihre Noten für Barrengold
hinzugeben, um diese Noten gleich darauf mit barem Golde einlösen
zu müssen.

Abg. Schröder (Pippstadt) hielt den § 14 für überflüssig und
schädlich und hat um seine Ablehnung. In gewöhnlichen Zeiten wird
man beim regelmäßigen Stande des Wechselkurses nicht in der Lage
sein, Goldbarren zum Preise von 1392 Mark pro Pfund aus Eng-
land und Frankreich zu beziehen. Nur in Ausnahmefällen, wo Gold
billig wird, kann der Paragraph praktisch werden, aber die Reichs-
bank dabei nie einen Pfennig profitieren, sie würde einfach in eine
Spekulation mit den wenigen großen Häusern gebracht, welche jetzt mit
Barrengold handeln. Es wäre dies aber eine sogenannte Societas
leonina, bei welcher die Bank schwerlich der Leo sein dürfte. (Be-
merkungen.) Welches Interesse aber kann der Reichstag haben, jenen Han-
delshäusern ihr Geschäft, das eine Zeit lang dauert und dann auf-
hört, durch die Vermittelung der Reichsbank noch zu erleichtern? Re-
dner sucht an diesen Verhältnissen in einem sehr eingehenden Vortrage
nachzuweisen, daß die Einführung der reinen Goldwährung ein Fehler
gewesen der noch gut gemacht werden sollte, denn, wie ein alter deut-
scher Kaiser sagt, quod male coepit, non potest mutasse.

Finanzminister Camphausen erinnert daran, daß er ein
entschiedener Freund der reinen Goldwährung gewesen, aber es für
richtig halte, das Privatprägeverbot einer späteren Zeit vorzubehalten.
Dem § 14 kann er nur zustimmen. Abg. Schröder müsse dessen Be-
deutung vollkommen verstanden haben, und wenn er das Geschäft mit
Barren und gemünztem Golde dahin charakterisirt, daß es so lange
dauere, bis es aufhöre, so müsse er, der Minister, noch den Zug in
diesem Bilde hinzusetzen, daß es sehr bald aufhöre. (Heiterkeit.)

Anträge auf Verlegung sind wiederholt abgelehnt worden, aber
das Haus hat noch um 5½ Uhr mit ungetheilter Theilnahme und in
bester Laune der Republik des Referenten v. Hammerger gegen
den letzten Redner. Sie schließt mit der Bitte, ihre Ausführlichkeit
entschuldigen zu wollen; das Reich, mit dem der Referent am mei-
sten hantierte, sei das Reich der Letztgenannten oder das Reich der Rede;
das Geld des Schweigens zu führen, daran verhinderten ihn Reden,
wie die gebieten.

Nachdem § 14 gerechtfertigt ist, vertagt das Haus um 5½ Uhr die
Debatte über das Bankgesetz bis Mittwoch 11 Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

* In der letzten Herrenhaus-Sitzung theilte der Minister des Innern
unter Anderem mit, daß die Universität Berlin die Präsidentschaftswahl
um Herrenhaus auf die Stelle des verstorbenen Professors Hommer
vollzogen habe. Die Wahl ist, wie die „Nat.-Bl.“ vernimmt, ein-
stimmig auf Professor Beseler gefallen.

* Dem Herrenhause ist nachstehender Entwurf eines Gesetzes,
betreffend die Gebühren der Anwälte und Advokaten, zugegangen:
§ 1. Die für die Gebühren der Anwälte und Advokaten im Geltungs-
bereiche des Gesetzes, betreffend den Anlag und die Erhebung der Ge-
bühren der Rechtsanwälte, vom 12. Mai 1851 und in der Provinz
Sachsen nach dem gegenwärtig bestehenden Gesetze und Verord-
nungen geltenden Sätze, einschließlich der in einzelnen Fällen bestimmten
höchsten Sätze, werden um ein Viertel ihres bisherigen Betrages er-
höht. Ferner, welche sich bei der Berechnung der Gebühren in Reichs-
mark-Rechnung ergeben, werden auf den nächsten durch zehn theilbaren
Betrag erhöht. Auf Tagelöhner und Kosten, Schreibgebühren und
Gebühren für Erhebung und Abfertigung von Geldern haben diese
Vorschriften keine Anwendung. — § 2. Anwälte und Advokaten in den
§ 1 bezeichneten Gebieten erhalten, wenn sie in einer Entfernung von
mehr als anderthalb Kilometer von ihrem Wohnorte Geschäfte vor-
nehmen, außer ihren sonstigen Gebühren: an Tage, eibern zu 10 Mark,
für ein Quartier drei Mark, an Reisekosten: bei Reisen, welche
auf Eisenbahn oder Dampfschiffen zurückgelegt werden können, eine
Mark für je sieben und ein halb Kilometer und drei Mark für jeden
Zu- und Abgang, bei anderen Reisen vier und eine halbe Mark für
je sieben und ein halb Kilometer. Bei Berechnung dieser Gebühren
sind die Vorschriften des Gesetzes, betreffend die den Justizbeamten
bei Dienstgeschäften außerhalb des Gerichtes zu gewährenden Tage-
geldern und Reisekosten, vom 24. Dezember 1873, §§ 1, 4—6 (Gesetz-
Samml. 1874, S. 2) entsprechende Anwendung. — § 3. Die für die Ge-
bühren der Anwälte und Advokaten nach der Verordnung, betreffend
den Anlag der Gerichtskosten und der Gebühren der Rechtsanwälte in
Strafsachen in denjenigen Landesstellen, für welche die Strafpro-
zedur vom 25. Juni 1867 erlassen ist, vom 30. August 1867 (Gesetz-
Samml. S. 1412) geltenden Sätze werden in der § 1 bestimmten Weise
auch für die Bezirk des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. M. er-
höht. — § 4. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden auf die Gebühren
für die Ausfertigung eines vor Erlass dieses Gesetzes erteilten Auf-
trages keine Anwendung.

Außerdem ist dem Herrenhause der Entwurf eines Gesetzes, be-
treffend die Gebühren der Advokaten, Notarien, Scribeuten und Wechsel-
notarien im Bezirk des Appellations-Gerichts zu Frankfurt a. M.
zugegangen. § 1 lautet: Die durch das Gesetz vom 3. August 1852 be-
stimmten Gebühren der Advokaten werden in der Weise geändert, daß
sowohl bei den Gebühren als bei den Werthklassen, nach welchen
die Gebühren bestimmt sind, zwei Mark Reichsmünze an die Stelle
eines Gulden süddeutscher Währung treten. — Nach § 2 werden eben-
falls die Gebühren der Notarien, der Scribeuten und der Wechselnotarien
geändert.

Tagesübersicht.

Vorgestern hat im Reichstag die zweite Beratung des Bank-
gesetzes begonnen und gestern ist dieselbe fortgesetzt
worden. Von den 62 Paragraphen sind bis jetzt nur 14 erledigt
worden. Ueberall wurden die Kommissionsanträge angenommen und
die wie Pilze aufgeschossenen Amendements abgelehnt. Den Mittel-
punkt der Beratung gab sowohl vorgestern als gestern § 9, welcher
die Kontingentierung der ungedeckten Noten betrifft. Vorgestern führte
die Frage der Kontingentierungsgrenze und die Frage, ob über diese
Grenze hinaus bis zu einer weiteren Zone zunächst 1 oder 5 Proz. Steuer
erhoben werden sollen, eine längere Debatte herbei. Die Kommission
schlägt den sofortigen Eintritt von 5 pCt. vor und diese Ansicht wurde
durchschlagend von dem Abgeordneten Lasker und dem Regierungs-
kommissar Geheim-Rath Michaelis verteidigt. Dennoch kam die
Debatte noch nicht über diesen Punkt hinaus, und die Abstimmung
darüber wurde für den nächsten Tag vorbehalten. Gestern bewegte
sich der Kampf hauptsächlich um die Verzinsung der Kontingentierungs-
grenze und um die Höhe der Steuer, welche eben die Kontingentierung
indirekt bewirken soll. Nach fast fünfstündig fortgesetzter Debatte
nahm das Haus mit 44 Stimmen Mehrheit den Antrag der Kom-
mission an und beauftragte die Regierungsvorlage. Hiernach ist die
Höhe des steuerfrei ungedeckten Notenumlaufs auf 385 Millionen Mark
festgesetzt, und muß bei Ueberschreitung dieser Grenze eine Steuer von
5 Prozent von der überschreitenden Summe an die Reichskasse ent-
richtet werden. Ein hervorragendes Interesse bei der Debatte bot
eine längere Rede des Bundeskommissars, Finanzminister Cam-
phausen. Derselbe hatte zunächst den Zweck, darzulegen, wie sehr es
Pflicht eines Staatsmannes sei, beim Uebergang Deutschlands zur
Goldwährung dasselbe zur Vorsicht zu mahnen. Das gesammte Vor-
gehen in der Bankfrage habe den Charakter des Experimentirens.

Erst wenn einmal die Prüfungslage erscheinen, in welcher es an
Goldmünzen zu mangeln beginne, müsse sich das System bewähren.
Wenn der Bundesrath das ganze Gesetz nicht scheitern lassen wollte,
weil der Reichstag die einprozentige Notensteuer nicht wollte, so theilt
Herr Camphausen die Ansicht des Bundesraths, aber er schiebt dem
Reichstage die Verantwortlichkeit dafür zu, daß jene wohlverwogene
Maßregel wegfällt. Die Gefahren, die trotz Kontingentierung noch in
der Ausgabe ungedeckter Noten liegen, seien dadurch aufs Äußerste
erhöht und bedrohen die wünschenswerthe Durchführung der Gold-
währung. Die erwähnten Tage der Prüfung werden kommen und
das plötzliche Abfließen großer Goldmassen nach dem Auslande mit
sich bringen. Dann müge man aber mit gestählten Nerven sich darin
ergeben und nicht in Entsetzen gerathen. Das bequeme Leben der
Bankverwaltungen, fuhr der preussische Finanzminister fort, hat nun
ein Ende; sie können, wenn ihre Kasse bestürmt wird, sich nicht mehr
auf den Preßbengel (der Notenfabrikation) verlassen, und wenn ihr
Grundkapital um ein Drittel sich verringert, dann ist ihr Privilegium
verloren.

In offiziellen Kreisen Frankreich hat man die Ueberzeugung
gewonnen, daß für eine Annahme der konstitutionellen Ge-
setze, sowie des Senatgesetzes keine Aussicht ist. Man beschäftigt
sich daher um einen Ersatz zu finden, mit einem neuen Wahlgesetz,
welches bei eventueller Auflösung der Nationalversammlung und dar-
auf folgender Neuwahl der Regierung Mittel an die Hand giebt, sich
eine Majorität zu gewinnen. Bezüglich der Ministerkrise und der
mannichfachen Kombinationen über das neu zusammenzuführende Ka-
binet verlautet, daß Douché (Präsident des rechten Centrum und
Verwalter der Güter der Dilettanten) gekündigt haben soll, ihm sei
davon, daß er an die Spitze eines Kabinetts berufen werden sollte,
durchaus nichts bekannt.

Aus Spanien resp. vom spanischen Kriegsschauplatz liegen in
den Depeschen unserer heutigen Mittag- und Abendnummer eine Reihe
von Nachrichten vor, welche sich vorwiegend auf die Ankunft des jun-
gen Königs bei der Nordarmee, auf abgehaltene Reden und den Be-
ginn von Operationen beziehen. Letztere werden hauptsächlich auf die
endliche Entlegung von Pampelona gerichtet sein. Sämmtliche Trup-
pen von Peralta (Navarra) sind bereits abgerückt, nachdem der König
noch eine Rede (bei Kalea) über sie abgehalten, wobei er von Trup-
pen und Bevölkerung lebhaft begrüßt wurde. Sonst wird aus dem
Lande der Märsche jenseits der Pyrenäen wieder einmal recht Wan-
derbares berichtet. Serrano, der edle „Verkannte“, soll nicht nur
nach Madrid zurückkehren, sondern von den spanisch-royalistischen Li-
beralen gar zum künftigen Ministerpräsidenten und Ersatzmann für
Canovas de Castillo ausersehen sein. Auf Grund welcher politischen
Verdienste und Fähigkeiten dies geschehen soll, bleibt uns vorläufig
einas unklar. Uns hat die konstitutionelle Politik Serrano's nie im-
ponirt.

In Bezug auf die neuesten Vorgänge in Spanien erhält
die „D. A. G.“ die Nachricht, daß der Papst Don Carlos zur Nieder-
legung der Waffen und zur Anerkennung Don Alfonso's aufgefordert
habe. Don Carlos soll dagegen dem König Alfonso eine Uebereinkunft
angeboten haben, nach welcher die carlistische Armee die Feindselig-
keiten einstellen soll, wenn Don Carlos als König der okkupirten Pro-
vinzen anerkannt werde. Der König hat darauf geantwortet, daß er
einen solchen Vertrag nicht schließen könne, da es nur einen König in
Spanien gebe. Der Abgesandte des Don Carlos ist am 23. d. M.
von London nach Hendaye zurückgekehrt. Das londoner carlistische
Komitee hat erklärt, für die carlistische Sache ferner keine Gelder mehr
aufbringen zu können.

Lokales und Provinzielles.

Böfen, 27. Januar.

r. Die erste ordentliche Provinzial-Synode der
Provinz Böfen wurde heute Vormittags 10 Uhr im Penar-Sitzungs-
saale des hiesigen k. Regierungsgebäudes eröffnet.

Anwesend waren 43, in den Kreis-Synoden der 22 Diözesen un-
serer Provinz gewählte Abgeordnete, deren Namen wir bereits in
Nr. 58 der Böhmer Zeitung mitgetheilt haben, und zwar 21 geistliche,
22 weltliche Abgeordnete; von den dort Genannten fehlte nur der
Superintendenturverweser Mäker (Schwarzwa), geistlicher Abgeord-
neter der Diözese Seibersdorf. Ferner anwesend waren von den 7, vom
Kaiser ernannten Mitgliedern, deren Namen wir gleichfalls bereits
mitgetheilt haben, 6, (indem der Rittergutsbesitzer v. Tschape-Bronie-
we nicht erschienen war); außerdem der von der evangelisch-theolo-
gischen Fakultät zu Breslau zum Mitgliede der Synode gewählte kgl.
Konfistorialrath Professor D. Gehl. Ueberdies nahmen an der Ver-
sammlung, jedoch ohne Stimmrecht, folgende Mitglieder des hiesigen
k. Konfistoriums Theil: die k. Konfistorialräthe Händler, Lueke und
Reichardt. Die Synode wurde vom k. Kommissarius, Generalsuperin-
tendenten D. Franz mit einem Gebete eröffnet, in welchem derselbe
den Segen des Herrn auf die Arbeiten der Synode herabsandte und den
Wunsch ausdrückte, daß die Beratungen im Geiste der Liebe und leiden-
schaftslos geführt werden möchten. Nach diesem Gebete hielt der k. Kom-
missarius eine Rede an die Versammlung, in welcher derselbe zunächst
darauf hinwies, daß viele der Anwesenden bereits der außerordentli-
chen Provinzialsynode i. J. 1869 beigewohnt hätten; seitdem sei Vieles
geschehen, Großes im Staateleben, Bedeutendes im kirchlichen Leben.
Die unelendlichen Uebergriffe der römischen Kirche hätten Maßregeln
notwendig gemacht, durch die auch aus Nichtsichten der Parität die
evangelische Kirche in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Was ge-
schehen konnte, um die Leiden von der evangelischen Kirche abzuwen-
den, sei geschehen, und sei zu hoffen, daß auch Weiteres nach dieser
Richtung erfolgen werde. Der Kaiser habe das Vertrauen zu den ge-
genwärtig berufenen Provinzialsynoden, daß sie ihn dabei unterstützen
würden, dasjenige zu Stande zu bringen, was zur Gewinnung der
Selbstständigkeit der evangelischen Kirche unerlässlich sei. Wenn auch die
Provinzialsynoden keinen Abschluß in dieser Beziehung herbeiführen
würden, dieser vielmehr der Landesynode vorbehalten bliebe, so können
sie doch durch ihre besonnene Haltung dahin wirken, daß die Selbstän-
digkeit der evangelischen Kirche errungen werde; in diesem Geiste möge
auch die Provinzialsynode der Provinz Böfen wirken. Als die Lesung
der Synode beendete der kgl. Kommissarius den Vers I. Samuelis 2,
35: „Ich will mir einen treuen Priester erwecken, der soll thun, wie
es meinem Herzen und meiner Seele gefällt“, und als Lehrsatz den Vers
I. Korinther 14, 1: „Strebet nach der Liebe.“

Nach dieser Rede wurde durch den k. Konfistorialrath Lueke das
Resultat der Wahlprüfungen mitgetheilt, und konstatirt, daß die Wahl
sämmlicher, in den Kreis-Synoden gewählten Abgeordneten gemäß den
Bestimmungen der Synodalordnung erfolgt sei. Der General-Su-
perintendent D. Franz nahm alsdann sämmtlichen stimmberechtigten Mit-
gliedern der Synode das Synodal-Gelöbniß gemäß den Bestimmungen
des § 63 der Synodalordnung ab, wobei jedes einzelne Mitglied die
Worte: „Ich gelobe vor Gott!“ zu sprechen hatte.
Es wurde hierauf zur Wahl des Präses der Synode geschritten.
Es fielen 47 Stimmen auf den hochorthodoxen Superintendenten, Kon-
fistorialrath T a u b e (Bromberg), 3 auf den Superintendenten Schö-
n-

Es ist sehr traurig, daß sowohl die katholische Presse von derartigen lebensgefährlichen Schreibern bedient, als auch die Jugend ihrem Einflusse ausgesetzt wird. Von welcher Geringschätzung viele Menschen gegen Alles, was an den Staat erinnert, erfüllt sind, davon giebt wieder ein unlenkbares Geranich in Nr. 18 des „Kuvyr Boznanik“ einfindliche Correspondenz aus Gnesen. Der Autor scheint sich nicht die Urtheilssprüche der weltlichen Gerichte zu verhehnen. Daß diese

(Fortsetzung in der Beilage.)

